

9. Ausbildung im Gesundheitswesen

9.1 Ausgewählte Schwerpunkte

9.1.1 Altenpflegeausbildung im Land Berlin - Vom sozialpflegerischen Beruf zum Gesundheitsfachberuf

Am 01. August 2003 trat das Altenpflegegesetz des Bundes vom 17. November 2000 (BGBl. I S. 1513) in Kraft. Die Altenpflegeausbildung wird ab jetzt bundesweit einheitlich durchgeführt. Das neue Altenpflegegesetz löst die bisherigen unterschiedlichen Ausbildungsregelungen der Länder ab und schafft erstmals bundesweit gleiche Rahmenbedingungen.

Altenpflegegesetz schafft bundesweit einheitliche Altenpflegeausbildung

Am 17. November 2000 hatte der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates das Gesetz über die Berufe in der Altenpflege (Altenpflegegesetz - AltPflG) beschlossen, das am 01. August 2001 in Kraft treten sollte. Wie bereits im Gesetzgebungsverfahren angekündigt, hatte die Bayerische Staatsregierung am 18. Dezember 2000 beim Bundesverfassungsgericht im Wege einer einstweiligen Anordnung beantragt, dieses Gesetz bis zum Erlass einer Hauptsacheentscheidung im Normenkontrollverfahren außer Vollzug zu setzen. Das Bundesverfassungsgericht hat am 24.10.2002 sein Urteil im Normenkontrollverfahren zum Altenpflegegesetz des Bundes verkündet und einstimmig die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Regelungen zur Altenpflegeausbildung bestätigt.

Im Land Berlin erfolgte die Ausbildung in der Altenpflege bisher auf der Grundlage des Berliner Schulgesetzes an Fachschulen im schulrechtlich geregelten Bildungssystem (vgl. auch Tabelle 9.2.3). Der Verbleib der Ausbildung im schulrechtlich geregelten Bildungssystem wurde durch eine entsprechende Änderung des Berliner Schulgesetzes ermöglicht. Der Senat hat zustimmend zur Kenntnis genommen, dass die Senatsverwaltung für Bildung, Schule und Sport für den theoretischen und praktischen Unterricht an Berufsfachschulen für Altenpflege und die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz für die praktische Ausbildung nach dem Altenpflegegesetz (geteilte Aufsicht) zuständig ist.

Unterricht an Berufsfachschulen und praktische Ausbildung unterliegen geteilter Aufsicht

Erstmals besteht im Land Berlin die Möglichkeit, unmittelbar im Anschluss an die Schule eine Ausbildung in der Altenpflege zu beginnen. Die Schülerinnen und Schüler haben einen Anspruch auf eine Ausbildungsvergütung. Die Berufsbezeichnung "Altenpflegerin" bzw. "Altenpfleger" ist geschützt.

Die bundeseinheitliche Altenpflegeausbildung wird eine Verbesserung der Pflegequalität bringen. Das neue Gesetz erhöht die Attraktivität der Altenpflegeausbildung und hat Signalwirkung für die gesellschaftliche Anerkennung des Berufsstandes der Altenpflegerinnen und Altenpfleger.

Verbesserung der Pflegequalität

Altenpflege ist ein Beruf der Zukunft. Mit der zunehmenden Lebenserwartung steigt die Zahl der Hochaltrigen und damit der Betreuungs- und Pflegebedürftigen.

Das neue Gesetz ist eine wichtige Grundlage dafür, dass der Altenpflegeberuf die gesellschaftliche Wertschätzung als professionelle Dienstleistung erfährt.